

Schwedter Tageblatt

Verfündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 137

Dienstag, den 15. Juni 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

Die Kundgebungen der nationalen Verbände im Berliner Lustgarten im Kampf um den Volksentscheid verlaufen ohne besondere Zwischenfälle.
Reichspräsident Eöbe sprach in Frankfurt a. M. über den Anschluß Österreichs an Deutschland.
In Paris haben zwischen Spanien und Frankreich die Marokkoverhandlungen begonnen. Abd el Krim soll nach Madagaskar verbannt werden.
Das tschechische Bodenamt hat den Grundbesitz der deutschen Stiftes Tepl beschlagnahmt.

Die Anschließfrage.

Reichspräsident Eöbe in Frankfurt a. M.

Auf der Tagung des österreichischen Volksbundes in Frankfurt a. M., sprach Reichspräsident Eöbe über den Anschluß Österreichs an Deutschland. Er kam dabei zuerst zu sprechen auf die Vorgänge im französischen Senat anlässlich der Locarno-Debatte, wo von Senator Chenedeville geäußert wurde, der Anschluß bedeute eine Gefahr für den Frieden. Eöbe meinte:

„Er kann nur in Bataillonen und Regimentern denken. Sechs Millionen Deutsche, die zum Mutterland zurückkehren wollen, sind ihm nicht Menschen, die nationale und individuelle Rechte haben, sondern nur Soldaten für den nächsten Krieg.“

Dann fuhr er fort: „Die freiwillig Kommenden, zum eigenen Stamm, zur eigenen Nation gehörenden Volksteile ins Mutterland aufzunehmen, ist das ursprüngliche Selbstbestimmungsrecht, das nicht bloß für Franzosen, Italiener, Polen und Tschechen, sondern auch für die Deutschen gilt. Wir, die wir für Panuropa tätig sind, wollen die Vereinigung Deutschlands mit Österreich etwa nicht bis zur Lösung der paneuropäischen Frage vertagen. Das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes hat den Vorrang vor allen übrigen Lösungen europäischer Fragen.“

Eöbe kritisierte sodann die Meinungen Dr. Seipels. Dieser habe in Paris gesagt, Österreich wäre in seinen jetzigen Grenzen lebensfähig, woraus die Franzosen schlossen, daß der Anschluß überflüssig sei. Demgegenüber sei festzustellen: Unsere Hoffnung gründet sich nicht auf Österreichs Not, sondern auf den Willen seiner Einwohner. In dem Grade, als die internationale Kontrolle für Österreich fällt, in dem Grade, als Deutschland aus einem leidenden Mitglied der europäischen Familie ein leitendes wird, rückt der Tag der Erfüllung des großdeutschen Ideals näher.“

Der Völkerbund mauert sich.

Englisch-amerikanische Phantasien.

Die Entschliebung Brasiliens, aus dem Völkerbundsrat auszutreten, wird in Washingtoner Kreisen dahin ausgelegt, daß die amerikanischen Nationen beabsichtigen, sich immer mehr von Europa abzuschießen und sich nunmehr auf dem Wege befinden, einen Bund zustandezubringen, dessen Grundlage die Monroe Doktrin sein würde.

Diese Auffassung scheint sich auch mit englischen Gedankengängen zu decken. Englische Völkerbundsvereine erörtern ganz ernsthaft den Gedanken, den Völkerbund in drei Teile zu zerlegen: einen Bund der europäischen Völker, einen Bund der amerikanischen Völker und einen solchen der asiatischen Völker, wobei bestimmte Nationen, die in einem oder mehreren Kontinenten Aufgaben zu erfüllen haben, eine Doppelmemberschaft besitzen könnten. Durch einen einfachen und klaren Vertrag könnten die drei Bünde Richtlinien für politische Zusammenarbeit in Fällen festlegen, an denen mehr als ein Bund Interesse hat.

So einleuchtend dieser Gedanke scheint, so sicher wird er auch zu einem Fiasko führen, denn, wenn man schon mit den Schwierigkeiten eines Völkerbundes kaum fertig wird, wie sollte dies bei dreien geschehen?

Die Verhandlungen des Völkerbundsrats in Genf werden in der schwedischen Presse einer scharfen Kritik unterzogen, insbesondere wird als bedenklich bezeichnet die in Genf beschlossene provisorische Wahlordnung. Es heißt in den Pressestimmen, das Beispiel Spaniens zeige, daß der Weltfriede in den schwachen Händen des Völkerbundes unsicher sei. „Svenska Dagbladet“ schreibt, anstatt daß man die Möglichkeit vermehrt habe, alle Staaten an den Ratsarbeiten teilnehmen zu lassen, bemüht sich die Großmächte, den Völkerbundsrat unverändert zu erhalten, heute noch hätten im Völkerbundsrat drei von vier nicht-permanenten Ratsmächten

Sitz und Stimme, und alle feien Ruhnießer des Sieges von Versailles, denn sie seien von den Siegermächten gewählt, um deren Interessen im Völkerbund zu vertreten.

Politische Rundschau.

Berlin, den 15. Juni 1926.

Im Preussischen Landtag ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, der das Staatsministerium ersucht, durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß alles geschieht, um die Rentabilität der Landwirtschaft schnellstens wieder herzustellen und auf die Dauer zu sichern.

Wilhelm II. klagt gegen die südafrikanische Regierung wegen Rückgabe einer Anzahl von Farmen, die früher den Hohenzollern gehörten. Die Klage vertritt die Auffassung, daß der Friedensvertrag von Versailles über Staatsbesitz sich nicht auf die Hohenzollernfamilie beziehe, und verlangt deshalb, daß dem Administrator von Südafrika das Recht entzogen werde, den Familienbesitz der Hohenzollern weiter zu verwalten. Der Name der königlichen Familie solle wieder als Besitzer der in Betracht kommenden Farmen in das Grundbuch eingetragen werden. Südafrika hatte seinerzeit den Standpunkt vertreten, daß keine Privatbesitzer konfiszieren werden sollten.

Das Kölner Zentrum gegen die Enteignung. In einer Versammlung der Vertreter der Bezirksorganisationen der Kölner Zentrumspartei wurde eine Entschließung hinsichtlich der Fürstenteignung angenommen, in der es u. a. heißt: Der von den Kommunisten eingebrachte und von den Sozialdemokraten unterstützte Antrag auf vollständige, entschädigungslose Enteignung der Fürsten ist für die Anhänger des Zentrums nicht annehmbar. Die Eigentumszuteilung an die Fürsten muß dort ihre Grenzen finden, wo sie einer Zuteilung von Reichtum gleichkäme. Da die Mehrzahl der Fürsten teilweise unerhörte Forderungen gestellt hat, müssen sie durch die Gesetzgebung zur Erfüllung ihrer Pflicht gegen ein notleidendes Volk gezwungen werden.

Der Kampf gegen Lessing. Der Magistrat von Hannover hat einstimmig beschlossen, Professor Lessing zu ersuchen, von seinem Lehramt an der Technischen Hochschule freiwillig zurückzutreten. Nach Verhandlungen mit Oberbürgermeister Menge hat Lessing dieses Ersuchen abgelehnt. Der Magistrat wird heute über weitere Schritte Beschluß fassen.

Hannover, 15. Juni. Gegen Oberbürgermeister Dr. Menge ist von der sozialdemokratischen Fraktion ein Mißtrauensvotum eingebracht worden, weil er mit der Vorlage der schriftlichen Rücktrittserklärung an Lessing seine Befugnisse überschritten habe. Er habe nur den Auftrag gehabt, mit Lessing zu verhandeln. Aus Wien wird gemeldet, ein Teil der hannoverschen Studenten beabsichtige, an der Technischen Hochschule Wien das Studium fortzusetzen.

Asmus und die sächsischen Richter.

Chemnitz, 15. Juni. Der Bezirksverein Chemnitz des Vereins sächsischer Richter und Staatsanwälte hat beschlossen, gegen die Ernennung des Oberstaatsanwaltes Dr. Asmus in Freiberg zum Landgerichtsdirektor in Chemnitz beim Justizministerium eingehend begründete Vorstellungen zu erheben.

Hindenburg-Plakate nicht verboten.

Berlin, 15. Juni. Da an mehreren, mit Hindenburgs Bildnis versehenen Plakaten zum Volksentscheid die Druckfirma fehlte, wurden diese hier letzter Tage entfernt. Auf die Beanstandung der Pressepolizei hin hat der Verleger des Plakates den fehlenden Vermerk durch Ueberklebstreifen nachgebracht. Von einem Verbot oder einer Beschlagnahme dieser Plakate kann keine Rede sein.

Rundschau im Auslande.

Nach französischen Meldungen soll die Absicht bestehen, Abd el Krim nach Madagaskar zu deportieren. Aus Khabat wird eine neue Offensive der Rißflamme gemeldet.

In der englischen Kohlenkrise scheint eine Wendung eingetreten zu sein. Einige Laufende Bergarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, doch kam es dabei zu heftigen Zusammenstößen.

Anlässlich eines Sängerefestes in New York soll der amerikanische Vizepräsident Dawes imbezug auf die deutschen Wirtschaftsverhältnisse gesagt haben, daß eine Revision des Dawesplanes zu empfehlen sei.

Was ist Rüstung?

Die militärische Unterkommission der vorbereitenden Abüstungskonferenzen in Genf beschäftigte sich mit der

Frage, was man unter Rüstung eigentlich zu verstehen habe. Man nahm drei Klassifizierungen an: Zunächst die Friedensrüstung, die das stehende Heer betrifft, dann die Friedensrüstung, die in der Ausbildung und Verwendung im Kriegsfalle besteht, und endlich die Rüstungskräfte, die erst in Kriegszeiten zu Kriegszwecken umgewandelt werden. Sie hat die Reservisten der zweiten Klasse zugewiesen mit der Begründung, daß diese erst durch die Mobilisation verwendet werden können, hingegen werden Gendarmen und Polizeiwächter in die erste Klasse eingereiht. Die amerikanischen Delegierten haben mit den deutschen gegen diese Auffassung gestimmt.

Französische „Maßnahmen“ im Elsaß.

Aus Paris verläutet, der französische Justizminister habe für heute den Generalkommissar für elsaß-lothringische Angelegenheiten in Straßburg, den Bischof von Straßburg, Mgr. Ruch, den Bischof von Metz, Mgr. Bell, und den Vorsitzenden des Evangelischen Konsistoriums zu einer Besprechung nach Paris berufen, um über Maßnahmen gegen die katholischen und evangelischen Geistlichen zu beraten, die die Kundgebung des elsaß-lothringischen Heimatbundes unterzeichnet haben.

Pilsudski raffelt mit dem Säbel.

Der polnische Staatspräsident Pilsudski hat Pilsudski zum Vorsitzenden des engeren Kriegsrats ernannt. Pilsudski will die gesamte Militärmacht Polens neu reorganisieren und eine starke Kriegstruppe schaffen. Große Geldmittel wurden zur Verfügung gestellt. Um diese Rüstungen zu begründen, sabelt man von einer Gefährdung der Grenze durch Deutschland. Der polnische Außenminister Jalewski erklärte einer Pariser Zeitung, Polen sei überzeugt, daß es ebenso wie Deutschland ein Recht auf einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat habe. Dieses Recht gründe sich auf die geographische Lage Polens und seine Bedeutung als Brücke zwischen Mittel- und Osturopa. Außerdem bestände eine enge Verbindung zwischen der Frage eines ständigen Sitzes für Polen und den Locarnoverträgen. Polen verfolge mit Interesse das Verhalten Spaniens und Brasiliens. Die gegenwärtige Krise im Völkerbundsrat dürfe keine Entfremdung Spaniens und Brasiliens herbeiführen.

Die Tschechen machen Madau.

Prag, 15. Juni. Nach unbeschreiblichen Tumulten in der tschechischen Kammer und nach Beantwortung verschiedener Interpellationen sind die neuen Agrarzölle der Tschechen endlich angenommen worden. Das tschechische Bodenamt hat den Grundbesitz des deutschen Stiftes Tepl beschlagnahmt.

Die Prozession der Kardinal.

New York, 15. Juni. Eine halbe Million Menschen war in der fünften Avenue Zeuge einer tiefenbrüstvollen Kardinal-Prozession. Die zum Eucharistienkongress eingetrossenen neun europäischen Kardinalen, darunter Faulhaber (München) und Piff (Wien) marschierten an der Spitze des Zuges, dem die Nationalgarde voranritt. Dem Zuge folgten unter klingendem Spiel ungezählte katholische Organisationen. 5000 Kinder erwarteten den Zug vor der Kathedrale, wo Kardinal Bonzano, der Sondergesandte des Papstes, den päpstlichen Segen erteilte. Alsdann schloß sich ein Gottesdienst in der Kathedrale an.

Aus der Heimat.

Gedenktafel für den 16. Juni.

1804 † Der Komponist Joh. Adam Hiller in Leipzig (* 1728) — 1815 Blücher von Napoleon bei Ligny geschlagen — Schlacht bei Quatre-Bras zwischen Alliierten und Franzosen — 1858 * König Gustav V. von Schweden auf Schloß Drottningholm bei Stockholm — 1873 * Kapitän Karl v. Müller, Führer der „Emden“, in Blankenburg a. S. † 1923) — 1922 Teilung Oberschlesiens — 1923 Ausbruch des Letna.

Sonne: Aufgang 3,43, Untergang 8,18.
Mond: Aufgang 9,28 V., Untergang —.

Dampferausflug. Mit Rücksicht auf das Wetter muß der Dampferausflug der Knabenschule leider verabschieden werden. Der nunmehr in Aussicht genommene Tag wird noch bekanntgegeben.

Schnitter Tod. Der Tod macht reiche Ernte. Wieder sind zwei verdienstvolle Männer der Stadt in die Ewigkeit abgerufen worden. Am 12. Juni verstarb der Uhrmachermeister Otto Merres. Jahrzehntlang hat er sein Ehrenamt als Bezirksvorsteher, im Volksmund „Viertelherr“ genannt, ausgeübt und mit großer Gewissenhaftigkeit sich seinem Amte hingewidmet. Unermüdet war er tätig, und es waren nur wenig Sitzungen, denen er ferngeblieben ist. Merres war auch Kirchenältester der französisch-reformierten Kirche, und das Presbyterium widmet ihm — ebenso wie gestern die Stadt — einen ehrenden Nachruf. Mittwoch